



Martin Jäger, Präsident des Bundesnachrichtendienstes

**Eingangsstatement bei der Öffentlichen Anhörung der Präsidentin und Präsidenten
der Nachrichtendienste des Bundes durch das Parlamentarische Kontrollgremium im
Bundestag am 05. Oktober 2026**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr verehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke für die Möglichkeit, heute hier vorzutragen. Und wie schon im vergangenen Jahr werde ich mein Augenmerk auf Russland richten, unseren gefährlichsten Gegner.

Ausgangspunkt ist die von uns im Herbst 2025 vorhergesagte Lageverschärfung. Sie ist in vollem Umfang eingetreten. Russland eskaliert sichtbar in der Ukraine und erhöht weiter den Druck auf Europa und Deutschland. Die Konfrontation, in der wir mit Russland stehen, hat eine neue, gefährlichere Qualität.

Deutschland ist in Gefahr, in einen gewaltsamen Konflikt mit Russland zu geraten. Der Anschlagversuch von Leipzig ist nur ein Beispiel dafür. Von keinem anderen Land geht aktuell eine so direkte, umfassende und konkrete Bedrohung gegen Deutschland aus.

Nicht wir haben diese Konfrontation gesucht. Russland drängt sie uns auf, sieht in uns einen Hauptgegner.

- Weil wir Russlands revisionistisch-expansive Politik und den Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht hinnehmen.

- Weil wir der russischen Einschüchterung unserer Bündnispartner im Baltikum und anderswo in Europa entgegentreten.

Deutschland ist zu einem Haupthindernis russischer hegemonialer Machtprojektion in Europa und damit zur Zielfläche russischen Handelns geworden. Wer sich nicht fügt, wird zum Gegner, so lautet die Moskauer Lesart.

Russland denkt und handelt in der Logik von Zwang und Einschüchterung. Russland missachtet die Souveränität anderer Staaten. Russland ist bereit, zur Erreichung eigener Ziele Gewalt anzuwenden. Das ist auch der Hintergrund für zunehmend aggressivere Aktivitäten russischer Dienste in und gegen Deutschland.

Russland stellt uns auf die Probe – und beobachtet genau, wie wir mit dieser Situation umgehen. Jedes Zeichen von Wankelmut lädt aus Sicht der Führung im Kreml dazu ein, den Druck auf Deutschland weiter zu erhöhen.

Russland steckt wirtschaftlich in großen Schwierigkeiten, auch im Krieg gegen die Ukraine gehen die Dinge nicht nach Moskauer Plan. Russland verzehrt seine Substanz.

Und Präsident Putin ist über den Punkt hinaus, wo er den Angriff auf die Ukraine einfach einstellen könnte ohne seine Machtbasis im Inneren zu gefährden. Er muss einen Erfolg in der Ukraine vorweisen, der die bisher erbrachten immensen Opfer aus russischer Sicht rechtfertigt. Das setzt ihn unter Zugzwang.

In Moskau herrscht aber keineswegs Kopflösigkeit. Die russische Führung weiß um die Begrenztheit ihrer militärischen und wirtschaftlichen Mittel. Sie kompensiert eigene Schwäche durch Repression im Inneren, durch die konsequente Ausrichtung der Ressourcen auf die Kriegsführung und – das ist entscheidend – durch Entschlossenheit und Risikobereitschaft.

Mehr als Material, Geld und Menschenleben zählen der russischen Führung Willenskraft und Opfermut. Das sind die Währungen, in denen Russland handelt. Sie werden auch uns in Rechnung gestellt.

Moskau agiert in der Annahme, dass wir russischem Druck und russischer Einschüchterung letztlich nicht standhalten werden.
Moskau wettet auf unsere Schwäche.

Was haben wir zu erwarten?

- Erstens: Die russische Kriegsführung gegen die Ukraine hat sich seit Sommer deutlich verschärft. Russland legt es darauf an, die Ukraine im kommenden Winter in die Knie zu zwingen. Wir müssen mit russischen Attacken von einer Härte und Brutalität rechnen, wie wir sie bisher so in der Breite so nicht gesehen haben. Der Krieg in der Ukraine tritt in eine neue, überaus gefährliche Phase ein.
- Russland versucht – zweitens – westliche Produktion und Lieferungen von Waffen und Wehrmaterial für die Ukraine, wo möglich zu unterbinden, auch kinetisch, auch bei uns.
- Drittens: Russland zielt darauf, Europas politische Unterstützung für die Ukraine zu brechen. Wir müssen uns auf Einschüchterungsversuche und weitere Einmischung einstellen. Vermutlich wird es auch erneut nukleare Drohungen geben. Dem müssen wir standhalten.
- Aktuell sehen wir – viertens – keine Hinweise auf einen groß angelegten [Angriff, *Anm. d. Red.*] Russlands gegen NATO-Gebiet. Allerdings könnte es, insbesondere im Baltikum, zu niedrighschwelligen militärischen Aktivitäten Russlands kommen. Und in diesem Kontext lassen sich auch *False-Flag-Operations* nicht ausschließen.

Dies alles steht in einem größeren Zusammenhang: Die russische Führung will für die Zukunft gewährleisten, dass in Berlin und anderen europäischen Hauptstädten keine politischen Entscheidungen gegen Moskau getroffen werden.

Russland führt einen Schattenkrieg gegen uns. Dieser unerklärte Krieg ist nicht mit herkömmlichen militärischen oder rechtlichen Kategorien zu fassen. Wir befinden uns nicht im Verteidigungsfall – und werden trotzdem angegriffen. Ein Schattenkrieg eben.

In dieser Situation spielen die Dienste – auf beiden Seiten – eine Schlüsselrolle. Die russischen Geheimdienste agieren hoch professionell und rücksichtslos. Die Gefahr von Anschlägen gegen Ziele in Deutschland ist weiter real und gegenwärtig.

Dem müssen wir uns entgegenstellen. Das erfordert auch eine Neuausrichtung des Bundesnachrichtendienstes. Sie gehen wir seit vergangenem Herbst engagiert an: Wir konzentrieren uns auf unsere Gegner, allen voran Russland. Wir arbeiten konsequent daran, technologisch an der Spitze zu bleiben. Wir investieren in unsere Resilienz und sorgen so dafür, dass der BND auch unter den Bedingungen von Krieg und Krise einsatzfähig ist.

Es ist uns ernst damit, Deutschlands erste Verteidigungslinie zu sein.

Dieser Anspruch beschränkt sich nicht auf die Auseinandersetzung mit Russland, sondern schließt ausdrücklich auch die Abwehr von Bedrohungen durch Terrornetzwerke und Cyber-Akteure oder von Aktivitäten zum Schaden unserer Energieversorgung und deutscher Unternehmen mit ein.

Meine Damen und Herren,

das neue BND-Gesetz wird unseren Dienst grundlegend verändern.

Wir werden ein anderer, ein neuer BND sein.

Uns ist bewusst: Zusätzliche Befugnisse bringen größere Verantwortung mit sich. Wir begrüßen die im Gesetzentwurf vorgesehene Ausweitung und Vereinheitlichung der Kontrollmechanismen. Sie gewähren Rechts- und Verfahrenssicherheit. Die Kontrolle wird so effektiver und besser. Das begrüßen wir.

All das ist nur möglich, weil wir partei- und fraktionsübergreifend außerordentliche Unterstützung aus dem politischen Raum erfahren. Dafür bedanke ich mich an dieser Stelle ausdrücklich und freue mich auf Ihre Anmerkungen und Fragen.